

# Die Verlegenheit vor dem Frieden : vom schweizerischen Umgang mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs

Autor(en): **König, Mario**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Traverse : Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire**

Band (Jahr): **2 (1995)**

Heft 4

PDF erstellt am: **24.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-8937>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

---

## DIE VERLEGENHEIT VOR DEM FRIEDEN

### VOM SCHWEIZERISCHEN UMGANG MIT DEM ENDE DES ZWEITEN WELTKRIEGS

**Mario König**

«Stille Dankbarkeit» empfahl Bundespräsident Villiger im März dieses Jahres den Bürgerinnen und Bürgern der Schweiz für den 8. Mai 1995. In verblüffender Kopie des Verhaltens ihrer Amtsvorgänger schickte die Landesregierung sich an, die minimalistische offizielle Feier des Kriegsendes vom Frühjahr 1945 noch zu überbieten. Hätten sich nicht einige beunruhigte Parlamentarierinnen und Parlamentarier bemerkbar gemacht, so wäre die Schweiz als wohl einziger Staat Europas über den Jahrestag des Kriegsendes nahezu mit offiziellem Schweigen hinweggegangen. Das Feld wäre dem Zufall privater Initiative und regionaler Aktivitäten überlassen worden –, und damit vielleicht erst recht der «nostalgischen Schwärmerei», der «destruktiven Kritik» oder der «politischen Selbstdarstellung», jenen unerfreulichen Erscheinungen, welche der Bundesrat laut Kaspar Villigers Begründung durch entschlossene Untätigkeit zu bannen hoffte. Das scharfsinnige Kalkül ging nicht auf, und urplötzlich erhob sich heftige Kritik aus allen politischen Himmelsrichtungen. Die «Christlich-jüdische Arbeitsgemeinschaft der Schweiz» erlöste schliesslich den Bundesrat aus peinvoller Handlungsunfähigkeit. Ein Gedenkgottesdienst im Berner Münster war bereits für Sonntag, den 7. Mai 1995 geplant. Dankbar erkannte die Regierung die dargebotene Hand und erklärte sich bereit zum Kirchgang. Ein landesweites Glockenläuten am Mittag des 8. Mai wird die Reinszenierung der Feierlichkeiten von 1945 fortsetzen. So gedenkt die offizielle Schweiz des Kriegsendes –, und ihres eigenen Verhaltens angesichts dieses Ereignisses vor 50 Jahren. «Christlichjüdische Arbeitsgemeinschaften» gab es damals keine. Und kein amtliches Wort des Erkennens oder des Mitgeföhls erreichte in jenem Mai 1945 die kleine jüdische Minderheit der Schweiz, für die das Kriegsende den niederschmetternden Einblick in das volle Ausmass einer beispiellosen Vernichtung – auch des Todes zahlloser Angehöriger und Freunde eröffnete. Die offizielle Schweiz hatte – wie die übrige Welt – geschwiegen und weggeschaut, als der Holocaust vor ihren Augen abrollte; sie schwieg auch jetzt, wie sie auch heute – für einmal vereint mit dem übrigen Europa – schweigt angesichts der Untaten im ehemaligen Jugoslawien.

## 1945 UND HEUTE: AKTIVE KIRCHEN

Kirchliche Kreise, die der bundesrätlichen Hilflosigkeit von 1995 einen Ausweg wiesen, waren schon im Vorfeld des Kriegsendes 1945 überaus aktiv gewesen. Die Untätigkeit der Politik öffnete den Verwaltungsmännern der reformierten Landeskirchen einen Spielraum, den sie dank ihrer Nähe zum Bundesstaat geschickt zu nutzen verstanden. Die katholische Kirche, der solch privilegierte Beziehungen fehlten, schloss sich bei nur geringer Eigeninitiative den reformierten Vorstössen zur Gestaltung des Kriegsendes an.

Schon Anfang September 1944 – Paris war soeben befreit und das Kriegsende schien in greifbare Nähe gerückt – setzten die Überlegungen der Kirchenleute ein. Sie packten das Problem auf ihre Art an; dass sie keine Befreiungs- und Freudenfeste planten, kann nicht weiter überraschen, sind Gefühlsausbrüche in der reformierten Praxis doch kaum vorgesehen. Alternative Entwürfe vermochten kaum aufzukommen. Schon harmlose Überlegungen eines Verkehrsvereins zur Veranstaltung eines volkstümlichen Festes mit Beflaggung und Musik sties- sen auf harte Ablehnung. Gesuche um Verlängerung der Polizeistunde oder Tanzbewilligungen, die von da und dort eingegangen waren, seien auf keinen Fall zu genehmigen, wies der Zürcher Regierungsrat die Gemeinden an. Auch von Beflaggung rieten die Behörden dringend ab. «Für das Schweizervolk handelt es sich nicht um eine Siegesfeier», schrieb der Bundesrat den Kantonen am 2. Mai 1945. «Die betreffenden Veranstaltungen sollen keine Siegesfeiern darstellen – um die im Kriege Unterlegenen nicht zu verletzen – sondern ernst und würdig vor sich gehen», gab die Kirchendirektion von Baselland am Tag darauf die Mahnung in getreuem Echo an die Pfarrämter weiter. Die Kirchen drückten der offiziellen Gestaltung des Kriegsendes schliesslich weit stärker den Stempel auf als alle staatlichen Manifestationen, die öffentlichen Versammlungen der politischen Linken oder die spontanen Äusserungen der Bevölkerung, die sich aller Abmahnung um Trotz da und dort auf die «Strasse» begab. Landesweit zu vernehmen war die Radioansprache des Bundespräsidenten Eduard von Steiger, der am Abend des 8. Mai sprach. Nur wenige Kantonsregierungen wandten sich mit einer eigenen Botschaft an die Bürgerinnen und Bürger. In der Mehrzahl aller schweizerischen Gemeinden beschränkten sich die offiziellen Reaktionen am 8. Mai 1945 auf das abendliche Glockenläuten, allenfalls begleitet von einem Gottesdienst. Vielfach fand auch dieser erst am Auffahrtstag, zwei Tage später, oder am folgenden Sonntag statt. Wo Worte fehlten, setzten dröhnende Glocken ein entlastendes Zeichen und orchestrierten die Emotionen der Bevölkerung in der gewünschten Richtung: Feierlichkeit anstelle von Orientierung und Analyse, Innerlichkeit anstelle von Manifestationen einer allzeit gefürchteten «Strasse». Die Kirchen – dies verstand sich von

selbst – mahnten das überwältigend zahlreiche Publikum jener Tage vor allem zum Dank an den «Allmächtigen», dessen persönlicher Fürsorge die Schweiz – so war zu vernehmen – ihre auserwählte Stellung zu danken hatte. Urteil und Gericht Gottes mussten erhalten, um der Sinnlosigkeit der entfesselten staatlichen Gewalttätigkeit höheren Sinn abzugewinnen. «Wir können den Ausbruch und das Ende dieses Krieges weder als blindes Schicksal und Naturgeschehen noch als blosses Menschenwerk verstehen. In diesen Ereignissen», so der Basler Kirchenrat, «hat Gott geurteilt und gerichtet über bestimmte menschliche Fehlentwicklungen.» Die Feierlichkeiten zum Kriegsende klangen aus in einem umfassenden Dankesreigen Und zu danken gab es vielen: in wechselnder Reihenfolge, aber stets gleicher Besetzung Gott und dem Staat, dem General und der Armee, aber auch Wehrmännern, Bürgerinnen und Bürgern in Kriegswirtschaft, Haus und Hof, eingedenk der Mahnung Bundespräsident von Steigers, dass die Schweiz die «Republik des kleinen Mannes» sei und bleibe. Zahllose Lehrer hielten es ähnlich vor ihren Schulklassen, bevor sie diese in den gewährten freien Nachmittag entliessen. Sie riefen ihren Schülerinnen und Schülern die weise Fürsorge all jener zu respektierenden Gewalten in Erinnerung; ganz besonders zu Herzen gehende Worte aber fanden sie für die militärisch gerüstete Staatsmacht: «Dank gehört unserer Armee», erfuhren die Basler Handelsschüler, «die, so winzig sie sich auch ausnahm im Kreise von Mammutheren, mit grimmiger Entschlossenheit hinter den Stacheldrähten lag und droben im Reduit ganze Berge aushöhlte, an denen der fremde Hochmut zerschellen sollte. Und der «böse Nachbar» hat den frevelhaften Griff nach unserem Frieden nicht gewagt, weil alle auf ihrem Platze standen, auch dein Vater.» Der General gab sich bescheidener und verwies in seinem Tagesbefehl, wie es sich geziemt, auf höhere Mächte: «Eine wunderbare göttliche Fügung hat unsere Heimat unverseht gelassen.» Die Worte vom «Wunder», von der Bewahrung» und «Errettung» fielen oft an jenem Tag, weitaus öfter als das Wort von der «Befreiung», welche meist nur in abstrakter Weise, im Sinn einer Beendigung der Kriegsnot, beschworen wurde.

## DEN ALLIIERTEN KEINEN DANK

Die Alliierten, deren Sieg für die Bewahrung der Schweiz – so könnte man meinen – nicht ganz unwesentlich war, gingen leer aus: weder Bundesrat noch General, kaum eine kirchliche Botschaft oder ein Regierungsrat (ein paar seltene Sozialisten ausgenommen) fanden ein Wort des Dankes an die Sieger. Allenfalls gedachte man in allgemeiner Formulierung der Opfer des Krieges. Und manche Stimme legte so ausgesprochen Wert auf Distanz zu den Siegern, ■ 13

dass schon Züge verhaltener Feindseligkeit durchschimmerten. Der freisinnigen «Solothurner Zeitung» graute in ihrem Wort zum 8. Mai «vor dem Frieden, der angebrochen» sei. Ohne Zweifel werde jetzt «die Versklavung des deutschen Volkes durch die Vereinigten Nationen erfolgen». Eine solche Sicht der Dinge hing zusammen mit der harschen Kritik, welche die offizielle Schweiz in jenen Monaten von alliierter Seite wegen fortgesetzter Begünstigung von Nazideutschland einzustecken hatte. Sie beruhte auf der strikten Weigerung, solche Kritik ernst zu nehmen oder sich mit den dahinter stehenden, unerfreulichen Tatsachen auseinanderzusetzen. Die offizielle Politik, der sich die gedämpfte Tonlage bei Kriegsende unterzuordnen hatte, war zu jenem Zeitpunkt rigoros auf Schadensbegrenzung gerichtet. Kam die kirchliche Linie solchen staatlichen Interessen sehr entgegen, so war es andererseits auch die kirchliche Ecke, aus der einige der wenigen, den Durchschnitt weit überragenden Gedanken zum 8. Mai 1945 stammten. Gewiss zog auch die politische Linke an ihren Manifestationen kräftig vom Leder gegen das verhasste «Anpassertum»; dies aber stets mit dem politischen Eigennutzen vor Augen. Die frisch entstandene Partei der Arbeit (PdA), Speerspitze einer aufkommenden Opposition, entwertete ihre eigene (oftmals berechnete) Kritik durch absolut kritiklose Verehrung der stalinistischen Sowjetunion. Die Sozialdemokratie gab sich staatsmännisch-gedämpft, wo sie an der Staatsgewalt partizipierte, wettete hingegen kräftig gegen Regierung und Bürgertum, wo es noch nicht ganz so weit war. Ihre öffentliche Kritik machte stets vor der eigenen Haustür halt. Da gaben sich einzelne kirchliche Stimmen – nicht zu verwechseln mit dem von Staatsräson bestimmten offiziellen Auftritt der Kirchen – wesentlich differenzierter, auch in eigener Sache. «Wir alle, auch wir Kirchenleute, sind beteiligt gewesen am Irrglauben und Falschleben», erklärte der Zürcher Kirchenrat zum 8. Mai. Was dies heissen könnte, machte der Basler Kirchenrat noch eine Nuance deutlicher: «Wir wollen uns überdies eingestehen, dass wir der guten Sache unserer schweizerischen Freiheit nicht immer so sicher und so treu waren, wie es unser würdig gewesen wäre. Wir haben die Tyrannen in der Zeit ihrer Erfolge mehr respektiert, als wir es durften, und ihre Opfer sind uns weithin allzu gleichgültig gewesen. [...] Wir haben in einer seltsamen Neutralität des Herzens und Gewissens weithin die Augen davor verschlossen, dass die fremden Völker, die nun gesiegt haben, tatsächlich auch für uns gekämpft, gelitten und geblutet haben.»

## UNWILLKOMMENE KRITIK

Die Grenzen des Möglichen steckte der Zürcher Oberrichter Max Wolff (1893–1965) ab, als er wenige Tage nach Kriegsende vor der kantonalen Kirchensynode als deren Präsident die eröffnenden Worte sprach. Der Präsident, der schon mehrfach durch unkonventionelle Ansichten in Sachen Flüchtlingspolitik, Zensur und Neutralität die Gemüter gegen sich aufgebracht hatte, nahm auch diesmal kein Blatt vor den Mund. Unverblümt sprach er aus, worum es ihm ging: «Unsere eigene Mitschuld an der Weltkatastrophe».<sup>1</sup> «Wer erinnert sich nicht an gewisse Kreise, auch kirchliche, die den geistigen Anfängen des Hitlertums gleichgültig oder gar verständnisvoll gegenüberstanden? Wer kennt nicht den bodenständigen schweizerischen Antisemitismus, der sich immer wieder aufs neue regt ... Ist es nicht Tatsache, dass auch unsere Bundesregierung jene Zeugnisse über die Zustände und Vorgänge in den deutschen Konzentrationslagern noch bis vor kurzer Zeit im vollen Wissen um ihre Wahrheit aus Gründen der Staatsräson unterdrückt hat? ... Haben wir nicht beflissen die faschistischen Schandtaten in Abessinien, Franco-Spanien und in der Tschechoslowakei de iure und de facto anerkannt? Erinnern wir uns endlich an unsere Haltung in der Flüchtlingsfrage, an die unbestreitbare Tatsache, dass Tausende aus Gründen der Staatsräson von Rettung verheissenden Grenzen der Schweiz zurück- und in den Tod getrieben worden sind! Man bilde sich nicht ein, dass solche Sünden durch die Schweizer Spende und durch die Hilfsaktion für die notleidenden Kirchen des Auslands gutgemacht werden könnten.»

Indigniert nahm die Synode die Ansichten ihres couragierten Präsidenten entgegen, der eine auf Eigennutz zielende Neutralitätspolitik kritisierte und erklärte: «Über der Neutralität steht die Solidarität. Die Schweiz darf nicht kleinmütig oder gar hochmütig beiseite stehen und abwarten, bis andere das Werk getan haben, um dann seine Früchte zu geniessen ... An der Wiege unserer Eidgenossenschaft stand das Prinzip der kollektiven Sicherheit. Sie allein schützt den Kleinen vor dem Mächtigen.» Max Wolff machte sich keine Freunde. Der militärische Nachrichtendienst interessierte sich für seine Ansichten zu Armee und Neutralität. Die Presse übergang seine Rede mit Stillschweigen oder entstellender Polemik gegen den Verfasser. Die «Neue Zürcher Zeitung» attestierte ihm eine «politisch-geistige Zwangshaltung». «Zürcher Volk, wie lange noch?», empörte sich eine rechtsbürgerliche Landzeitung: «Wir wiederholen, was wir schon einmal gesagt haben: Das Schweizervolk hat es nicht nötig, vom Präsidenten der zürcherischen Landeskirche mit dem Vorwurf beschimpft zu werden, er trage am Krieg Mitschuld. Unsere Soldaten – Oberrichter Dr. Wolff gehörte nie zu ihnen – haben ein Recht darauf, vor Beleidigungen des nur in der

Rede streitbaren Herrn Oberrichters geschützt zu werden. Wenn Oberrichter Dr. Wolff kommunistischen Ideologien huldigen will, dann soll er das persönlich tun.» Max Wolff, dem der Kommunismus fern lag – er stammte aus altzürcherischem Bürgergeschlecht und zählte politisch zu den «Demokraten» – markierte mit seinen Ansichten die Grenzen dessen, was im Mai 1945 gesagt werden konnte. Sein Vortrag liest sich wie das Programm einer Jahre und Jahrzehnte später einsetzenden Kritik. Damals setzte der Oberrichter nichts in Bewegung, ausser gehässiger Polemik gegen die eigene Person. Wirkungsvoller war das Schweigen, mit dem die Kirchgenossen seine Rede in Empfang nahmen. Schweigend gedenken, dann rasch weitergehen: so lautete das machtvolle Gebot des Mai 1945.

*Anmerkung*

- 1 Die zitierte Rede von Max Wolff erschien im Druck (Protokoll der Synode der zürcherischen Landeskirche vom 16. Mai 1945). Zahlreiche Dokumente zur behandelten Thematik finden sich bei: Erich Gysling, Mario König, Michael Ganz, 1945. Die Schweiz im Friedensjahr, Zürich 1995.